



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

25. Januar 2019

Wochenbericht KW 4

forsa | Emnid | IfD Allensbach | GMS | FG Wahlen | infratest dimap

Wähleranteile:	Union zwischen 32 % und 28 %, SPD zwischen 16,5 % und 14 % Grüne zwischen 20 % und 18 %, AfD zwischen 15 % und 12 %
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen deutlich
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden weiter hoch USA werden als größte Bedrohung wahrgenommen
Flüchtlinge:	Anteil derjenigen, die sich keine Sorgen über die hohen Flüchtlingszahlen in Deutschland machen, auf Höchststand (66 %)
Wichtigstes Thema:	Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit
Anlage:	Zeitreihen

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS	IfD Allensbach² für FAZ	GMS³	FG Wahlen⁴ für ZDF	infratest dimap⁵ für ARD
CDU/CSU	32 (-)	29 (-1)	31,5 (+2,5)	31 (+1)	31 (+2)	28 (-1)
SPD	15 (-)	16 (+1)	16,5 (-)	14 (-)	14 (-)	15 (-)
FDP	9 (-)	9 (+1)	8,5 (-)	10 (+1)	8 (-)	9 (-)
DIE LINKE	8 (-)	9 (-)	8,5 (-0,5)	9 (-)	9 (-)	8 (-1)
B'90/Grüne	19 (-)	19 (+1)	18,0 (-1,0)	19 (-)	20 (-1)	20 (-)
AfD	12 (-)	14 (-)	13,0 (-1,0)	13 (-2)	13 (-1)	15 (+1)
Sonstige	5 (-)	4 (-2)	4,0 (-)	4 (-)	5 (-)	5 (+1)
Erhebungszeitraum	14.-18.01.	17.-23.01.	05.-17.01.	16.-23.01.	22.-24.01.	22.-23.01.

Die Union liegt bei forsa 17 (-), bei GMS 17 (+1), bei FG Wahlen 17 (+2), bei IfD Allensbach 15 (+2,5), bei Emnid 13 (-2) und bei infratest dimap 13 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Kramp-Karrenbauer	46 (-1)
Nahles	12 (-)
Kramp-Karrenbauer	42 (-)
Scholz	22 (-1)
Erhebungszeitraum	14.-18.01.

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz 34 (-1) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 20 (+1) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (27.01.2019)

² im Vergleich zur KW 51/2018

³ im Vergleich zur KW 50/2018

⁴ im Vergleich zur KW 2

⁵ im Vergleich zur KW 2

● Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	25	(-)
SPD	5	(-)
sonstige Parteien	19	(-1)
keine Partei	51	(+1)
Erhebungszeitraum	14.-18.01.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 20 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

51 % (+1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

● Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	16	(-2)
schlechter	45	(+2)
unverändert	37	(+1)
Erhebungszeitraum	14.-18.01.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 29 (+4) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.

Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 2

	forsa für BPA	
sehr große	11	(-3)
große	45	(+1)
wenig	38	(+4)
keine	6	(-1)
Erhebungszeitraum	14.-18.01.	

Ostdeutsche (61 %) sowie Anhänger der Grünen und der Linkspartei (jew. 62 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (63 % zu 47 %) und über 60-Jährige häufiger als unter 45-Jährige (64 % zu 50 %).

Anhänger der FDP (53 %) machen sich überdurchschnittlich oft weniger bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden.

Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 2

	forsa für BPA	
USA	26	(+7)
Naher Osten, arabische Länder	10	(-2)
Asylbewerber, Flüchtlinge	10	(+1)
Syrien	9	(-)
Russland	8	(-)
Umwelt, Klima	7	(-1)
Handelskrieg	6	(+1)
Türkei	6	(+2)
Brexit	6	(+4)
Erhebungszeitraum	14.-18.01.	

Nach Meinung der Bundesbürger werden die USA als größte Gefahr für Deutschland wahrgenommen.

Über 60-Jährige (32 %) und Anhänger der Grünen (31 %) nennen die USA überdurchschnittlich häufig als größte Bedrohung für Deutschland.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 2

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	38	(+2)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	9	(-3)
Deutschland tut bereits genug	51	(+1)
Erhebungszeitraum	14.-18.01.	

Personen mit hoher formaler Bildung, Gutverdiener (jew. 44 %) und unter 30-Jährige (43 %) sowie Anhänger der Grünen (52 %) und der Linkspartei (44 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Geringverdiener (21 %), Ostdeutsche (18 %) und Personen mit einfacher formaler Bildung (15 %) sowie Anhänger der AfD (28 %) und der Linkspartei (17 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 2

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	41	(+1)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	14	(-1)
verhält sich alles in allem genau richtig	41	(+1)
Erhebungszeitraum	14.-18.01.	

Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (53 %), Ostdeutsche (49 %) und Gering- bzw. Mittelverdiener (47 %) sowie Anhänger der AfD (77 %) und der FDP (46 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (27 %) und der Grünen (19 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung und Gutverdiener (jew. 47 %) sowie Anhänger der Grünen (54 %) und der Union (52 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Machen Sie sich Sorgen darüber, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 50/2018

	Emnid für BPA
mache mir Sorgen	33 (-10)
mache mir keine Sorgen	66 (+10)
Erhebungszeitraum	16.-22.01.

Der Anteil derjenigen, die sich keine Sorgen machen, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind, ist auf den höchsten Wert (66 %) seit Erhebungsbeginn im November 2015 gestiegen. Überdurchschnittlich oft sind unter 30-Jährige (75 %), Personen mit hoher formaler Bildung (74 %) sowie Anhänger der Union (80 %) und der Grünen (79 %) dieser Meinung.

Sorgen machen sich hingegen überdurchschnittlich oft Ostdeutsche (42 %), Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (39 %) und 50- bis 59-Jährige (38 %) sowie Anhänger der AfD (92 %).

Hat die Aufnahme von Flüchtlingen kurzfristig bzw. langfristig für Deutschland ...?

Emnid für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 50/2018

	kurzfristig	langfristig
eher Vorteile	9 (-)	24 (-1)
eher Nachteile	46 (-3)	31 (-1)
Vor- und Nachteile gleichen sich in etwa aus	38 (-)	37 (-2)
Erhebungszeitraum	16.-22.01.	

Kurzfristig sehen Ostdeutsche (59 %) und Anhänger der AfD (90 %) überdurchschnittlich oft eher Nachteile in der Aufnahme von Flüchtlingen. Auch langfristig sehen besonders häufig Anhänger der AfD (90 %) und Ostdeutsche (37 %) sowie Personen mit einfacher formaler Bildung (44 %) und 40- bis 59-Jährige (41 %) eher Nachteile. Hingegen sehen Personen mit hoher formaler Bildung (36 %), 30- bis 39-Jährige (31 %) und Männer (29 %) sowie Anhänger der Grünen (45 %) und der Union (31 %) langfristig überdurchschnittlich oft eher Vorteile.

Kommt die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 50/2018

	Emnid für BPA
eher voran	26 (+2)
eher nicht voran	67 (-5)
Erhebungszeitraum	16.-22.01

Über 60-Jährige (32 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (31 %) sowie Anhänger der Union (44 %) und der Grünen (33 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher vorankommt.

Hingegen meinen insbesondere Ostdeutsche (75 %) und 30- bis 59-Jährige (74 %) sowie Anhänger der AfD (99 %), dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher nicht vorankommt.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit	30 (-6)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	13 (+1)
Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten	13 (+8)
Erhebungszeitraum	22.-23.01.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit der Debatte um den EU-Austritt Großbritanniens. Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der Grünen (48 %), der Union (43 %) und der Linkspartei (39 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Personen mit hoher formaler Bildung nennen es häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (40 % zu 18 %). Geringverdiener (18 %) und Ostdeutsche (23 %) sowie Anhänger der AfD (15 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

Ostdeutsche (18 %) sowie Anhänger der AfD (29 %) und der SPD (28 %) erwähnen das Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik/Abschiebungen" besonders oft.

Gutverdiener (20 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (18 %) sowie Anhänger der FDP (25 %) nennen den Abgas- bzw. Dieselskandal überdurchschnittlich häufig.

























